



Die Welt unter Terror-Angst:

Ursachen und Folgen

aus: FORUM 34 (Seite 49-62)

Terrorismus: Ursachen und Folgen einer weltweiten Bedrohung

von Hans Lipp

Seit dem 11. September 2001 ist die Welt nicht mehr wie sie vorher war. Nach den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts muss sich die Menschheit gleich zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit neuen, heimtückischeren Formen der Gewalt auseinandersetzen. Ging es beim Ersten Weltkrieg vordergründig um die nationale Ehre und beim Zweiten Weltkrieg in einem noch nie da gewesenen Blut- und Bodenwahn um Landgewinnung für die germanische "Herrenrasse", will nunmehr ein weltweiter Untergrund-Terrorismus durch heimtückische Anschläge Schrecken verbreiten und geordnete Staatswesen ins Chaos stürzen.



Symbole der Weltmacht Wirtschaft kurz vor dem Einsturz:

Die brennenden Zwillingstürme des World Trade Center

Bei den bisherigen offenen kriegerischen Auseinandersetzungen waren stets auch wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend. Im Zeitalter der Globalisierung und weltweiten wirtschaftlichen Verflechtung ist allen Staaten klar, dass es bei Kriegen keine Gewinner, sondern nur noch Verlierer gibt. Diese Überlegung aber scheint für fanatisierte Terroristen keine Rolle zu spielen. Auch wenn einzelne Drahtzieher wie Osama bin Laden als Multimillionär enorme materielle Güter "aufs Spiel" setzen, haben seine "Frontkämpfer" offenbar nichts zu verlieren (auch wenn sie vorwiegend aus "besseren Verhältnissen" kommen) und opfern in verblindetem Fanatismus entschlossen, ja freudig ihr Leben. Was für ein Leben, das nicht aus Liebe hingegeben, sondern aus unstillbarem Hass weggeworfen wird - wenn nur möglichst viele der verhassten Feinde ebenfalls dran glauben müssen!



Feuer, Rauch - und ein Flugzeug kurz vor dem Aufprall:
die Todesnot der Opfer bleibt unsichtbar.

Ursachen unstillbaren Hasses

Wo liegen die Ursachen für diesen Hass? Will man dies ehrlich ergründen, müssen die vom Terrorismus bedrohten Völker und Nationen auch ihr eigenes Versagen erkennen. Der Reichtum dieser Erde ist beschämend ungleich verteilt. Das gilt nicht nur für den materiellen Reichtum, sondern in Folge davon auch für alles, was weit mehr als Geld das Leben lebenswert macht: Bildung, Sicherheit, äußere Freiheit in einem geordneten Staatswesen und die Chance für jeden, sich frei zu entfalten. Die sogenannte "Erste" Welt hat sich im vergangenen Jahrhundert geradezu schamlos auf Kosten der "Zweiten" (kommunistischen) und der "Dritten Welt" bereichert: durch Ausbeutung von Bodenschätzen in den ärmeren Ländern zu Billigpreisen, Handelsschranken und Wucherzinsen für "Entwicklungsländer", um nur einige Sünden zu nennen, die bis heute ohne Skrupel begangen werden.

Eine Hauptschuld daran trägt unser Wirtschaftssystem, die so hoch gelobte "freie Marktwirtschaft", für die nur eines zählt: Wachstum in materieller (nicht geistiger und moralischer) Hinsicht auf allen Ebenen des Lebens um jeden Preis. Da werden Auto-"Messen" und Weltausstellungen der Wirtschaft wie früher Gottesdienste zelebriert und materielle Güter von Spitzenpolitikern als "goldene Kälber" geradezu öffentlich angeboten. PS-starke Vehikel, die eigentlich nur der Fortbewegung dienen, werden mit ihrem unnötigen Knopfdruck-Schnickschnack zu Spitzenerzeugnissen des menschlichen Geistes hochstilisiert, während sie in Wirklichkeit nur den Spieltrieb des "Kindes im

Manne" befriedigen und die Umwelt und damit auch die menschliche Gesundheit schädigen. Um das Wachstum und damit auch die Aktienkurse anzukurbeln, werden immer neue Bedürfnisse geschaffen, die möglichst billig, also von Maschinen statt Menschen produziert werden müssen. Unternehmen halten dem Wachstumsdruck nur Stand, indem sie immer weiter rationalisieren, sprich: Mitarbeiter entlassen und so auch den Aktienkurs halten oder steigern.

Die Wirtschaft steht nicht mehr im Dienst der Menschen, sondern der Mensch im Dienst der Wirtschaft!

In den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts wagten es einzelne kluge Leute nach dem ersten Wirtschaftsboom, an die Grenzen des Wachstums in einer begrenzten Welt aufmerksam zu machen. Sie schlugen eine sogenannte Maschinensteuer vor: Kapitalintensive Betriebe, die also mit wenigen Beschäftigten hohe Umsätze erzielen, sollten entweder für weitere Rationalisierungen oder aber für Gewinne, die eine festzulegende Marge übersteigen, besteuert werden. Der Grundgedanke war, dass Maschinen, die seit Beginn der Industrialisierung die Arbeit erleichtern und eine gewaltige Reduzierung der Arbeitszeit bewirkten, künftig auch an den steigenden Lohnnebenkosten der lohnintensiven Betrieben durch eine besondere Abgabe beteiligt werden sollten. Weil dies vermeintlich den Fortschritt und damit das Wachstum hemmt, wurden solche Pläne in der Phase des "Kalten Krieges" angesichts der Konkurrenz zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft überhaupt nicht ernsthaft diskutiert. Im Gegenteil: Kapitalgesellschaften wurden sogar steuerlich besser gestellt als Personalgesellschaften, und Rationalisierungsinvestitionen lassen sich bis heute von der Steuer absetzen (auch oder gerade wenn dies zu Entlassungen führt), so dass die Gewinne ins Unermessliche steigen.

Erste Ansätze, zwar nicht die ungerechte Reichtumsverteilung, aber doch wenigstens die ungebremste Vergiftung des Atmosphäre mit klima- und gesundheitsschädlichen Abgasen zu bremsen, gab es mit der Einführung der Ökosteuer, von den Verfechtern einer freien Wachstumswirtschaft vehement bekämpft.

"WIR ALLE SIND ENTSETZT ÜBER DIE ANSCHLÄGE. ES WAR EIN FURCHTBARER AKT DES TERRORISMUS. DENNOCH DARF MAN NICHT EIN GANZES LAND BEKRIEGEN. DESHALB BIN ICH VÖLLIG GEGEN DIE BOMBARDIERUNGEN...WIR SCHEINEN MIT DEN MILITÄRSCHLÄGEN GENAU DAS ZU TUN, WAS WIR EIGENTLICH VERURTEILEN. UNSCHULDIGE MENSCHEN STERBEN DERZEIT, UND ES GIBT EIN ENORMES FLÜCHTLINGSDRAMA. DIE BOMBARDIERUNGEN SIND MITLEIDSLOS. DAHER STELLE ICH WIRKLICH DIE FRAGE, OB ES SICH HIER UM EINEN GERECHTEN KRIEG HANDELT. WIE KANN MAN ÜBERHAUPT EINEN KRIEG GEGEN DEN TERRORISMUS FÜHREN? MIR SCHEINT, WIR RICHTEN VIEL MEHR SCHADEN AN, ALS ES ERGEBNISSE BRINGT... AMERIKA MUSS SEINE POLITIK GRUNDLEGENDE ÄNDERN. GEWALT BRINGT ÜBERHAUPT NICHTS. DIE USA MÜSSEN DIE URSACHEN FÜR DEN TERRORISMUS FINDEN UND SITUATIONEN WIE UNTERDRÜCKUNG, UNGERECHTIGKEIT UND ARMUT BESEITIGEN."

Bischof Walter Sullivan, Präsident von Pax Christi, USA

Wann werden die Weichen zu einem qualifizierten Wachstum, zu einem moralischen Wachstum an Bescheidenheit und der Bereitschaft, zu teilen, gestellt? Würde man so nicht auch auf lange Sicht dem Terrorismus den Boden entziehen?

Was bewirkt demgegenüber die durch den Bombenhagel demonstrierte materielle Überlegenheit der einzigen verbliebenen Supermacht, die in ihrem Versuch, den unheimlichen, schwer fassbaren Untergrund-Terrorismus mit konventionellen militärischen Mitteln auszuschalten, von den Verbündeten nicht gebremst, sondern bestärkt wird? Die so demonstrierte Hilflosigkeit und Phantasielosigkeit der Politiker ist ein Beleg dafür, dass Macht ohne Moral zu einer Verblendung führt, die jede Kreativität hemmt.

DER KATHOLISCHE MILITÄRBISCHOF UND BISCHOF VON EICHSTÄTT, WALTER MIXA, HAT IN EINEM INTERVIEW MIT DER KATHOLISCHEN NACHRICHTEN-AGENTUR BEDAUERT, "DASS NIEMAND DER BETEILIGTEN POLITIKER DANACH FRAGT, OB DIE KRIEGSFÜHRUNG IN AFGHANISTAN ZU RECHTFERTIGEN IST". EINE "FAST BLINDE NIBELUNGENTREUE MIT DEN USA" DÜRFE NICHT DAZU FÜHREN, ALLE KRITISCHEN FRAGEN ÜBER DEN KRIEGSEINSATZ ZU UNTERDRÜCKEN. - DEMGEGENÜBER HEISST ES IN EINER ERKLÄRUNG DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ: "WIR BEJAHEN DIE SOLIDARITÄT MIT DEN VEREINIGTEN STAATEN, DIE DAS OPFER BRUTALER TERRORISTISCHER ANSCHLÄGE GEWORDEN SIND..." ZUGLEICH VERWEISEN DIE BISCHÖFE JEDOCH DARAUF, DASS "JEDER MILITÄRISCHER EINSATZ - AUCH DER VÖLKERRECHTLICH LEGITIMIERTE - ... EIN ÜBEL" BLEIBE. "ER IST DESHALB NUR ALS ULTIMA RATIO IM RAHMEN EINES UMFASSENDEN POLITISCHEN GESAMTKONZEPTEES ZU RECHTFERTIGEN."

Auch nach dem Sturz des Talibanregimes in Afghanistan ist der weltweit agierende Terrorismus nicht besiegt. Warum nimmt man Warnungen von ausgewiesenen Sachkennern wie dem Publizisten Peter Scholl-Latour, dem früher sehr aktiven CDU-Politiker und heutigen Medienmanager Jürgen Todenhöfer oder überlebenden sowjetischen Soldaten aus deren Afghanistan-Krieg nicht zur Kenntnis und zieht Konsequenzen daraus? Auch der 1992 verstorbene Weltkirche-Referent des Erzbistums Freiburg, Domkapitular Wolfgang Zwingmann, hat kurz vor seinem Tod eine fundierte Analyse über die Ausbeutung technisch rückständiger Völker seit der Entdeckung Amerikas durch die Weißen, insbesondere durch die USA veröffentlicht, die auch heute besonders aktuell und beachtenswert ist. Eine Zusammenfassung seiner Abhandlung ist diesem Bericht angefügt. - Um nicht missverstanden zu werden: Der weltweite Terrorismus mit seinen noch nie da gewesenen Formen heimtückischer Gewalt ist auf das Schärfste zu verurteilen und mit allen legitimen Mitteln zu bekämpfen. Dabei müssen aber Maßnahmen vermieden werden, die Unschuldige treffen und so den Eindruck erwecken, dass sie sich in den Auswirkungen von terroristischer Gewalt kaum unterscheiden. Wirksamer als die kriegerische ist die geistige Auseinandersetzung.

Dem Terrorismus kann nur der Boden entzogen werden, wenn die christliche Welt ihr auf Gottes- und Nächstenliebe beruhendes Wertesystem wieder deutlicher sichtbar macht - und danach handelt.

Christentum - Islam: Dialog trotz Terror?

Durch die Attentate vom 11. September und den angekündigten weltweiten Anti-Terror-Feldzug der USA sind auch die Grundlagen des Dialogs zwischen Christentum und Islam berührt. Die Früchte einer mühsamen, jahrzehntelangen Arbeit des "Päpstlichen Rats für den Interreligiösen Dialog" mit unterschiedlichen theologischen Partnern im islamischen Raum sind gefährdet.

Als einer der ersten im Vatikan erkannte der für die Islam-Kontakte zuständige Sekretär im Dialog-Rat, Bischof Michael Fitzgerald, die Bedrohung. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Anschläge setzte er die beiden Dialog-Ausschüsse, die der Vatikan mit islamischen Vertretern unterhält, in Bewegung. Sowohl das 1995 geschaffene vatikanisch-islamische "Verbindungskomitee" als auch der gemeinsame Ausschuss mit der Universität der Kairoer Al-Ashar-Moschee, die als eine der höchsten theologischen Autoritäten im Islam gilt, verurteilten daraufhin in Erklärungen die Attentate. Wie Fitzgerald sind auch andere Vordenker des Dialogs überzeugt, dass die Verständigung mit den rational denkenden Vertretern des Islam jetzt wichtiger ist denn je. Auf der Gegenseite sind jedoch in Italien auch vereinzelte kirchliche Stimmen zu hören, die die Kontakte angesichts der in vielen Ländern zu beobachtenden Radikalisierung des Islam für gescheitert halten.

Islam-Unterricht in Deutschland: Unterschiedliche Regelungen

Wegen der Terroranschläge in den USA und der damit verbundenen Diskussion über den Islam hat das hessische Kultusministerium eine Entscheidung über die Erteilung von Islamunterricht für die rund 60.000 muslimischen Schulkinder in dem Bundesland zurückgestellt. Beobachter gehen davon aus, dass Kultusministerin Karin Wolff (CDU) gegen diesen Unterricht votieren wird, um stattdessen ein Fach Ethik mit Schwerpunkt Islam einzuführen. 1998 hatte die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) beantragt, einen deutschsprachigen Religionsunterricht in dem Bundesland unter eigener Regie zu verankern.

Das Grundgesetz garantiert ein Recht auf Religionsunterricht in der Schule, wobei die Religionsgemeinschaften die Verantwortung für die Lehrpläne tragen. Größtes Hindernis für einen islamischen Religionsunterricht ist, dass der Staat unter den Muslimen keinen zentralen Ansprechpartner nach dem Vorbild der christlichen Kirchen findet. Darüber hinaus besteht in Hessen erhebliches Misstrauen gegenüber der IRH, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und dort als "in Teilen extremistisch" gilt.

Solche Vorbehalte existieren auch andernorts: Für die mittlerweile 570.000 muslimischen Schüler in Deutschland gibt es gegenwärtig nirgendwo Unterricht, der mit katholischer oder evangelischer Religionslehre zu vergleichen wäre. Derzeit wird nach Angaben der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung in Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (NRW) die religiöse Unterweisung für muslimische Kinder und Jugendliche im Rahmen des freiwilligen muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts angeboten.

Daneben gibt es einige **Modellversuche**:

In **Bayern** ist der islamische Religionsunterricht für türkische Schüler zwar ordentliches Lehrfach, wird aber nicht in Übereinstimmung mit den islamischen Religionsgemeinschaften in Deutschland, sondern auf Grundlage staatlicher Lehrpläne der Türkei und auf Türkisch unterrichtet. Allerdings kommt nur rund ein Drittel aller muslimischen Schüler in den Genuss dieses Unterrichts, da die Stunden außerhalb der Ballungsräume kaum zu organisieren sind. Mit dem neuen Schuljahr bietet das Kultusministerium für Schulanfänger eine religiöse Unterweisung auf Deutsch an.

In **Nordrhein-Westfalen** (NRW) wurde 1986 in den Grundschulen islamische Unterweisung im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts eingeführt. Inzwischen ist diese Form bei ausreichender Schülerzahl auf alle Klassenstufen ausgeweitet worden. Seit 1999 erprobt mit NRW erstmals ein Bundesland an rund 30 Schulen die Einführung von Islamkunde als eigenständiges und somit versetzungs- und abschlussrelevantes Fach in der Unterrichtssprache Deutsch.

In **Berlin** hat der Verein "Islamische Föderation Berlin" Ende August das Recht erstritten, Islamunterricht an öffentlichen Schulen zu erteilen. Damit ist zunächst an zwei Grundschulen begonnen worden.

In **Hamburg** gibt es keinen eigenständigen Islam-Unterricht, sondern einen einheitlichen "Religionsunterricht für alle". Dieser soll den Dialog zwischen den Religionen fördern.

In **Baden-Württemberg** finden im Rahmen einer Steuerungsgruppe Gespräche zwischen dem Kultusministerium und islamischen Gruppen sowie mit pädagogischen Hochschulen statt. Ziel ist zunächst die Erstellung eines Lehrplans für einen Unterricht in deutscher Sprache. Im Kultusministerium liegen fünf Anträge auf Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts vor (Näheres dazu auf S. 76).

Keine Angebote gibt es in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg.

Kirchen in Deutschland warnen vor Gewaltspirale

Die beiden christlichen Kirchen in Deutschland stehen seit den verheerenden Terroranschlägen in den USA vor einer großen Herausforderung. Wie selten zuvor drängte es die Menschen überall in der Bundesrepublik in die Gotteshäuser. Nach den pausenlos ausgestrahlten Bildern der Zerstörung und Verwüstung aus New York und Washington suchten sie Trost - Kirchen als Orte der Stille, des Gedenkens, der Solidarität. Die katholischen und die evangelischen Bischöfe nahmen ihrerseits diese Situation zum Anlass, um mit eindringlichen Worten vor Rachegefühlen, möglichen Ausschreitungen gegen Muslime und Ausländer wie vor der drohenden Konfrontation zwischen der islamischen und westlichen Welt zu warnen. Die Kirche sei in diesen Tagen gefordert wie selten zuvor in der Geschichte, betonte der katholische Bischof Joachim Reinelt während eines Trauergottesdienstes in der Dresdner Hofkirche.

Dass die meisten Kirchenvertreter in ihren Predigten, in Erklärungen, in Interviews und in Fernsehdiskussionen immer wieder zu Besonnenheit aufriefen, hat seinen Grund. Nur

wenige Stunden nach den Terroranschlägen sahen sich muslimische Verbände und Vereinigungen in Deutschland mit Mord- und Bombendrohungen konfrontiert. Per Post, Telefon und E-Mail seien beim Zentralrat der Muslime in Bonn massenweise solche Beschimpfungen und Drohungen eingegangen, sagte der Vorsitzende des Rates, Nadeem Elyas, der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Bei einem vom ZDF live übertragenen ökumenischen Gottesdienst in der Düsseldorfer Johanneskirche rief EKD-Ratsvorsitzender Präses Manfred Kock dazu auf, keine pauschalen Verdammungsurteile auszusprechen. Auch wenn islamische Fundamentalisten hinter den Anschlägen steckten, dürfe der Islam als Weltreligion nicht verantwortlich gemacht werden. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, rief zu geistiger Disziplin und Besonnenheit auf.

Der Ruf nach Umkehr, Überwindung von Resignation und Hinwendung zu Gott bestimmte ebenfalls Gedenkgottesdienste in München, Freiburg, Trier, Köln, Berlin, Hamburg und in vielen anderen Städten. Dabei trafen Bischöfe in ihren Äußerungen auch die Gefühlslage der Menschen. So räumte der Freiburger Erzbischof Oskar Saier ein, dass durch die "diabolischen Aktionen des Hasses" die menschliche Kraft der Trauer an ihre Grenzen stoße. Die Anschläge hätten eine "Blutspur des Todes" hinterlassen. Der Kölner Kardinal Joachim Meisner erklärte, das Geschehen in den USA lähme Fantasie, Herz und Seele und mache fassungslos.

Angesichts des als unbegreiflich empfundenen Geschehens in New York und Washington wurden viele Kirchenvertreter von den Medien als Interview-Partner gesucht. Im "Kölner Stadt-Anzeiger" erklärte Präses Kock die plötzliche Suche nach Halt in der Religion so: "Wer hat denn - abgesehen von klugen Analysen - eine Sprache für das, was da jetzt in den USA geschehen ist? Ich weiß keine andere als die, die wir aus unserer biblischen Tradition übernommen haben. Und die Menschen spüren das Tröstende darin." - An die Adresse der von den Terrorakten heimgesuchten Großmacht USA richteten die Kirchenvertreter die eindringliche Bitte, die Gewalt nicht eskalieren zu lassen. Trotz des "barbarischen Terroraktes" dürfe Gleiches nicht mit Gleichem vergolten werden, erklärte der katholische Militärbischof Walter Mixa. Der Hildesheimer Bischof Josef Homeyer hob hervor, die Welt müsse ihre Sprache wiederfinden, um die Hoffnung auf Gerechtigkeit und Versöhnung nicht zu verlieren.

"Osama bin Laden vertritt nicht den Islam "

Geschockt von den Terroranschlägen auf Washington und New York sind alle US-Amerikaner - auch Millionen von Muslimen. Sie können nicht verstehen, warum ihre Religion von Männern wie Osama bin Laden und anderen islamistischen Fanatikern dazu missbraucht wird, terroristische Anschläge zu rechtfertigen. Der Islam predige den Frieden und lasse den Krieg nur als letztes Mittel zur Konfliktlösung zu, betonten Islam-Experten immer wieder. Die Tötung von Zivilisten sei jedoch strikt verboten. Leider gebe es aber gerade unter Muslimen auch viel Unwissenheit über ihre Religion, berichtete die Katholische Nachrichten-Agentur aus den USA.

"Der islamische Fundamentalismus ist in erster Linie politisch und nicht religiös geprägt", erläuterte etwa Azizah Al-Hibri, Rechtswissenschaftler an der Universität Richmond und Gründer einer islamischen Menschenrechtsorganisation für Frauen. Bin Laden habe seinen Zorn und seine Frustration über Saudi-Arabien in eine Kampagne gegen die USA umgewandelt. Dabei habe er es geschickt verstanden, islamische Lehren zu manipulieren, um seine Taten zu rechtfertigen und Gefolgsleute zu finden, sagte Al-Hibri. "Im Koran heißt es, wer einen anderen Menschen ungerechterweise tötet, der tötet ein

ganzes Volk", so der Rechtsprofessor. "Wie kann also ein Gläubiger Attentate wie auf das World Trade Center verüben?"

Der Direktor des Islam-Instituts in Washington, Abdulwahab Alkebsi, zeigte sich betroffen über diese Entstellung des Islam. "Wir sind beschämt darüber; das ist genauso, als wenn man Hitler als Repräsentanten des Christentums bezeichnen würde." Und der Amerikanische Islamrat betonte, Bin Ladens Interpretationen des Koran seien in keiner Weise gerechtfertigt.

Ein großes Problem für viele Muslime ist jedoch die Tatsache, dass es keine zentrale Autorität gibt. Vielmehr können Wissenschaftler und hochrangige Geistliche Richtsprüche, die so genannten Fatwas, erlassen, um dem einzelnen Gläubigen eine Richtschnur für seine eigene Entscheidungsfindung zu geben. Niemand könne jedoch für alle Muslime sprechen, auch nicht Bin Laden, so der Amerikanische Islamrat. Und Al-Hibri unterstrich: "Die Unwissenheit der Gläubigen über die wirklichen Lehren des Koran ist groß." So gebe es etwa in Pakistan zahlreiche Koranschulen, "Madrasahs" genannt, die vom Gedankengut der afghanischen Taliban dominiert seien. Zudem würden diese Schulen oftmals von reichen Muslimen aus dem Ausland finanziert und entzögen sich dadurch der Regierungskontrolle. Die meisten anderen muslimischen Strömungen betrachten diese "Madrasahs" jedoch als extrem.

Auch die angebliche islamische Lehre vom "Heiligen Krieg" wird nach Meinung Al-Hibris in diesen Schulen verdreht. Bei diesem Konzept gehe es in keiner Weise um Guerillakrieg und Attentate. Der Dschihad meine vielmehr den inneren Kampf um Selbstkontrolle zur größeren Ehre Gottes, machte Al-Hibri klar. Um allerdings den Einfluss der "Madrasahs" zu brechen, sei Geld nötig: "Geld zum Aufbau guter Koranschulen".

Ägyptischer Religionsminister fordert Weltallianz gegen Terror

Eine Weltallianz gegen den Terror hat der Religionsminister und Vorsitzende des Obersten Rates für Religiöse Angelegenheiten in Ägypten, Mahmud Hamdi Saksuk, gefordert. Dies müsse "vorzugsweise unter dem Schirm der UNO" erfolgen, sagte Saksuk Mitte Oktober in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur. Saksuk warnte weiter vor einer globalen Verurteilung des Islam. "Die Existenz extremistischer Gruppen hier und da bedeutet nicht, dass der Islam eine Religion des Extremismus ist", sagte der Politiker. Extremisten gebe es überall in der Welt, betonte Saksuk. Allerdings werde deshalb nicht von christlichen, buddhistischen oder jüdischen Extremisten, etwa in Israel, gesprochen. Nur der Islam werde als extremistisch abgestempelt, "wenn irgendein Mohammad, ein Ali oder ein Ibrahim eine dumme Tat irgendwo auf der Welt begeht", so Saksuk. Diese Generalisierung sei aber weder gerecht noch logisch. Die Mehrheit der Muslime verurteile den Terror, unterstrich der Minister. Extremistische Gruppierungen, die angäben, im Namen des Islam zu sprechen, verstünden den Islam in Wahrheit nicht. Sie dürften weder dem Islam zugerechnet noch als dessen Vertreter betrachtet werden.

Hans Lipp

Die ganze Wahrheit über Amerika

Bilanz der Ausbeutung - Schuld und Schulden

In Erinnerung an die Landung von Christoph Kolumbus am 12. Oktober 1492 auf der Insel Guanahani wurde im "Jubiläumsjahr" 1992 vielfach die Schuld der Kirche an der bis heute währenden Ausbeutung Lateinamerikas angeprangert. Ohne diese Mitverantwortung zu beschönigen, hat der damalige Weltkirche-Referent des Erzbistums Freiburg, Domkapitular Wolfgang Zwingmann, in einer breit angelegten Untersuchung auch andere Zusammenhänge aufgedeckt, um so der ganzen Wahrheit über die Geschichte Amerikas seit der Entdeckung vor 500 Jahren näher zu kommen. Der Text, den Zwingmann kurz vor seinem Tod im Mai 1992 abschloss und unter dem Titel "Der Schrei nach Gerechtigkeit dauert an" in der "Schriftenreihe des Erzbistums Freiburg" veröffentlichte, war Frucht einer intensiven, gründlichen Beschäftigung mit der oft als glorreich dargestellten, aber im Grunde sehr leidvollen Geschichte Nord-, Mittel- und Südamerikas. Nachfolgend werden einige wichtige Aussagen der 47-seitigen Abhandlung zusammengefasst.

Kirchlicherseits wird gerne daran erinnert, dass es etwa einen Antonio de Montesinos, einen Bartolome de Las Casas und manch andere gegeben habe, die energisch gegen die Ausbeutung und Vernichtung der Indios aufgetreten seien und auch manches erreichen konnten. Dem hält der Domkapitular entgegen, "dass diese Männer letztlich als Außenseiter galten, dass sie deshalb nicht im Nachhinein zu Repräsentanten der Haltung der Kirche und ihrer Vertreter insgesamt gemacht werden dürfen". Zu viele andere hätten zur Behandlung der Indios geschwiegen, sie mit zum Teil "theologischen" Begründungen gutgeheißen oder sich an dem ihnen zugefügten Unrecht beteiligt. Das Denken ihrer Zeit habe eben auch Christen und offizielle Kirchenvertreter bestimmt, und die eindeutigen Forderungen der christlichen Botschaft seien deswegen nicht mehr wahrgenommen worden.

Dennoch stehe es gerade "uns Heutigen gut an, mit unserem Verdammungsurteil zurückhaltend zu sein", mahnte Zwingmann in seiner Untersuchung. Man müsse vielmehr erwägen, "was spätere Generationen einmal über unsere Zeit sagen werden, in der die Kluft zwischen den Reichen und den Armen so ärgernisregend groß ist, wie das in der Geschichte der Menschheit wohl noch nie der Fall war". Heute beanspruchten 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Güter für sich allein. Sie lebten damit in Wohlstand oder gar Luxus, während gleichzeitig Tag für Tag 40.000 Kinder und Jahr für Jahr 30 Millionen Menschen in den armen Ländern an den Folgen von Hunger zugrunde gingen. "Allen könnte ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden, wenn der Wille dazu vorhanden wäre", betonte Zwingmann und erinnerte "an den Widersinn der unverantwortlichen Rüstungsausgaben".

Geschichte neu schreiben

Aber auch die Geschichte der vergangenen 500 Jahre muss nach Meinung Zwingmanns neu geschrieben werden. Immerhin sei in keinem europäischen Land das Recht auf Eroberung fremder Gebiete und auf Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung so grundsätzlich in Frage gestellt worden wie in Spanien. Doch während im Blick auf Amerika immer wieder die Frage des von den Spaniern verübten Völkermords aufgeworfen werde, rede niemand davon, dass auch in Nordamerika die einheimische

Bevölkerung bis auf eine Million vollständig ausgerottet wurde; in vielen Filmen aber werde der Kampf gegen die verschiedenen Indianerstämme sogar als Großtat des weißen Mannes gefeiert.

Totgeschwiegen wird, wie Zwingmann betonte, bis heute auch die Rolle der Welser, an die Kaiser Karl V. 1527 Venezuela verpfändet hatte. Zitat aus einem Brief von Bartolome de Las Casas an den Rat für die Westindischen Länder: "In diesem Gebiet, in dem die Deutschen dafür zuständig sind, dass alles geraubt und zerstört wird, könnten Teufel keine größeren Verbrechen begehen und keine größeren Schäden anrichten. Schreckliche, ausgeklügelte Dinge haben sie im Kopf. Und schlimme Grausamkeiten haben diese mehr als abenteuerlichen Christen, wenn sie es denn sind (was unmöglich ist) den unschuldigen Menschen angetan."

Völlig vergessen ist die Bulle "Sublimis Deus" von Papst Paul III. vom 9.6.1537 zum Schutz der Indios. Zwingmann zitiert daraus die entscheidende Passage: "Deshalb bestimmen und erklären Wir, dass die genannten Indios und alle anderen Völker, die von jetzt an den Christen bekannt werden, auch wenn sie außerhalb des Glaubens an Jesus Christus sind, auf keine Weise ihrer Freiheit oder der Herrschaft über ihre Güter beraubt werden dürfen und erlaubterweise von ihrer Freiheit und ihrem Besitz Gebrauch machen können und dass man sie auf keinerlei Weise zu Sklaven machen darf." - Ein Jahr später musste der Papst diese Bulle auf Druck des Kaisers widerrufen.

Ende 1991 setzte das Kollegium der peruanischen Wirtschaftsfachleute den spanischen Botschafter in Peru davon in Kenntnis, dass sich aufgrund genauer Recherchen die Wiedergutmachung, die Spanien den Ländern Peru, Bolivien und Ecuador allein aufgrund des Wortbruchs Pizarros schulde, einschließlich der bis zum 24. Oktober 1991 angefallenen Zinsen, auf einen Betrag von 599,4 Milliarden US-Dollar belaufe. - Pizarro hatte 1532 dem Inka Atahualpa die Freilassung versprochen, wenn er einen Raum seines Gefängnisses bis zu einer bestimmten Höhe mit Gold auffüllen würde. Trotz der erfüllten Bedingung wurde Atahualpa hingerichtet. Die herbeigeschafften Meisterwerke indianischer Goldschmiedekunst wurden von den Spaniern in Goldbarren umgeschmolzen; diese Zerstörung unersetzlicher Kunstwerke ist bei den Berechnungen der Wirtschaftsfachleute nicht berücksichtigt.

USA und Menschenrechte in Lateinamerika

Doch neben dieser Schuld der Spanier und anderer Europäer werden, so Zwingmann, menschenrechtswidrige Interventionen der USA in Lateinamerika bisher bei der geschichtlichen Bewertung der Schuld der Weißen so gut wie nicht berücksichtigt. Eine besondere Rolle spielt dabei die United Fruit Company, die in Guatemala, Honduras, Costa Rica und Panama das gesamte wirtschaftliche, politische und soziale Leben kontrolliert; sie habe sich 35 Prozent der bebaubaren Flächen und fast ganz der für den Anbau von Bananen und Ananas geeigneten Flächen bemächtigt und beherrsche den Weltmarkt für tropische Früchte.

Der Domkapitular erinnerte an weitere Interventionen der USA: Von 1936 bis 1979 unterstützten sie die Diktatur der Familie Somoza in Nicaragua, von 1957 bis 1986 den Diktator von Haiti, Duvalier; 1954 stürzten sie den sozialreformerischen Präsidenten von Guatemala, Jakobo Arbenz Guzmán; 1965 verhinderten sie die Rückkehr des rechtmäßig gewählten Präsidenten von Santo Domingo, Juan Bosch. Schließlich unterstützten sie den Widerstand gegen Salvador Allende in Chile und halfen den Contras

von Nicaragua. Zwingmann: "Wo direkte Unterstützung zu anstößig ist, wird sie über Drittländer wie etwa Israel, den größten Waffenexporteur in die sogenannte Dritte Welt, gewährt. Nirgendwo sind jedoch in Lateinamerika sozialreformerische Prozesse von den USA gefördert worden."

Nach einem Bericht des amerikanischen Kongresses von 1969 haben die USA zwischen 1798 und 1965 mehr als 150mal militärisch in Lateinamerika interveniert, einschließlich der verdeckten Aktionen sogar 984mal. Darüber hinaus erhielten, so Zwingmann, viele lateinamerikanische Polizeioffiziere in den USA eine spezielle Ausbildung zur Durchführung "wirksamer" Verhöre. Zur Unterdrückung jeglichen Widerstandes gegen die Herrschenden habe die CIA die Ideologie der Nationalen Sicherheit entwickelt, wonach der Kapitalismus als über jeden Zweifel erhaben, der Sozialismus als Ausgeburt des Bösen gilt. "Wer immer sich um wirkliche Reformen bemüht, muss damit rechnen, als Sozialist, Kommunist oder Marxist gebrandmarkt zu werden", resümierte Zwingmann. Opfer dieser Ideologie seien oft genug auch Priester, Ordensleute und selbst Bischöfe geworden.

Laut Zwingmann beschränkte sich der Einfluss der USA auf Lateinamerika keineswegs auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich. Seit Ende des 19. Jahrhunderts gebe es "eine starke protestantische Missionsbewegung mit ausgeprägtem Sendungsbewusstsein, ungebrochenem Kulturoptimismus und militantem Christentum unter Berücksichtigung kapitalistischer Exportinteressen, verbunden mit einem Hochmut des Rassendünkels", so wird Hans-Ulrich Wehler zitiert. Von protestantischer Seite werde bis heute das Vorgehen der Spanier und Portugiesen "der Barbarei ihrer katholischen Kirche" angelastet, die "heute zu einem Unglück für die ganze abendländische Kultur geworden ist".



Kinderarbeit -

eine Anklage gegen Super-Reichtum

Aggressive Werbemethoden von Sekten

Doch während der so motivierte Missionsprotestantismus in Lateinamerika kaum Wurzel fassen konnte, haben die Sekten mit aggressiven Werbemethoden Erfolg, wie aus der Untersuchung Zwingmanns weiter hervorgeht. Durch Honorierung von Übertritten mit Geld oder materieller Hilfe wurde erreicht, dass in manchen Ländern heute bereits zehn bis 15 Prozent der Katholiken zu einer Sekte übergetreten sind.

Mit besonderem Argwohn verfolgen die USA das Wirken der katholischen Kirche in Lateinamerika, "seitdem sie 1968 mit ihrer vorrangigen Option für die Armen eine aufsehenerregende Kursänderung vollzogen hat". So verfasste der CIA 1975 für den bolivianischen Diktator Banzer konkrete Handlungsanweisungen für den Umgang mit der katholischen Kirche des Landes. Nach diesem "Banzer-Plan" sollen "engagierte Kleriker mit der Guerilla in Zusammenhang gebracht und als Freunde des Kommunismus dargestellt werden". Außerdem sollten Priester, die auf der "Schwarzen Liste" stehen, ohne Aufsehen verhaftet und ins Ausland abgeschoben werden, um Bischöfen und Ordensoberen keine Möglichkeit zum rechtzeitigen Protest zu geben. "Um diese zu beruhigen, sind bei der nachträglichen Durchsuchung der Unterkünfte großkalibrige Pistolen einzuschmuggeln und pornographische Literatur unter der Matratze zu verstecken, die dann als Corpus delicti ausgegeben werden können, um die Ausgewiesenen nachträglich zu diffamieren."

Dritter Weltkrieg hat schon begonnen...

1980 entwarf eine von US-amerikanischen multinationalen Unternehmen geschaffene Studiengruppe Leitlinien für die Lateinamerikapolitik, das sogenannte Santa-Fe-Papier. Darin heißt es: "Die Manipulation der Informationsmedien durch kirchliche Gruppen und andere sogenannte Menschenrechtsverfechter hat zunehmend eine wichtige Rolle beim Sturz autoritärer, aber pro-US-amerikanischer Regierungen und deren Ersetzung durch anti-US-amerikanische, kommunistische oder dem Kommunismus nahestehende Diktaturen totalitären Charakters gespielt... Die Außenpolitik der USA muss anfangen, der Theologie der Befreiung entgegenzutreten... Wir sind in den Dritten Weltkrieg verwickelt, dessen vorrangigstes Ziel es ist, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen."

Heute zeigt sich in der Tat, dass auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks die Welt nicht friedlicher geworden ist. Verteidigen die westlichen Demokratien tatsächlich noch ein vom christlichen Menschenbild geprägtes Wertgefüge, also die etwa im deutschen Grundgesetz verankerten unveräußerlichen Menschenrechte, oder haben sich die Industrieländer unmerklich der Diktatur des Geldes bzw. eines krassen Materialismus unterworfen - einer Diktatur, die angesichts der Grenzen des Wachstums in einer endlichen Welt nur aufrecht erhalten werden kann, indem sie unterentwickelte Völker ausbeutet und allmählich auch in den wohlhabenden Ländern selbst die Kluft zwischen ganz Armen und Superreichen immer mehr verbreitert? Die Strahlkraft christlicher Werte wurde durch eine krass materialistische Ideologie so verdunkelt, dass es heute kaum verwundert, wenn ebenso fehlgeleitete Ideologen des Islam zu einem Kreuzzug gegen die "Ungläubigen" aufrufen. Weisen wir uns tatsächlich noch als Christen aus, wenn einzelne Politiker öffentlich zum Gebet aufrufen, oder betreiben wir nicht Etikettenschwindel, wenn wir Gott nur auf den Lippen haben, das Gebot der Nächstenliebe und die weiteren christlichen Grundsätze aber mit Füßen treten, indem wir etwa auf Kosten von anderen leben? Würden idealistische oder ideologisierte Selbstmordattentäter ihr Leben aufs Spiel setzen, wenn die westliche Welt anstelle eines krassen Materialismus die Werte des Christentums vorleben und praktizieren würde? Es klingt fast wie ein geistliches Testament, was Zwingmann am Schluss seines Beitrags als Schritte zu einer gerechteren und friedlicheren Welt formulierte:

"Es ist eine Erfahrungstatsache, dass Schritte auf mehr Gerechtigkeit hin allzu oft erst dann getan werden, wenn sie mit Nachdruck und in geduldiger Zielstrebigkeit eingefordert werden. Diese Aufgabe ist allen Menschen guten Willens gestellt. In der Bundesrepublik ist unsere Verantwortung besonders groß, da unser Land gegenwärtig zu den mächtigsten, einflussreichsten und wohlhabendsten auf dieser Erde und in Europa zählt. Die Haltung der Bundesrepublik gegenüber einer gerechten Ordnung dieser Welt kann deshalb in besonderer Weise zu einem Segen oder einem Fluch für die armen Völker werden. Nur wenn sich viele dieser Tatsache bewusst sind und versuchen, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, besteht die Aussicht, dass einer größeren weltweiten Gerechtigkeit die Wege gebahnt werden. Für Glaubende ist das heute aber der konkrete Weg der Nachfolge Jesu: ‚Der Heilige Geist lässt uns immer klarer entdecken, dass Heiligkeit heute den Einsatz für Gerechtigkeit und die Solidarität mit den Armen und Unterdrückten erfordert. Die Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Plan Gottes gehört zur wahren Heiligkeit des Christen.‘ (Welt-bischofssynode 1987)

Zur Erreichung dieses Zieles scheinen mir u.a. folgende Schritte wichtig zu sein:

- dass wir uns solidarisch auf die Seite der Unterdrückten stellen, um die Ungerechtigkeiten, unter denen sie leiden, mit ihren Augen sehen und mit ihrem Herzen

empfinden zu lernen

- dass wir hier so lange unsere Stimme für sie erheben, bis sich ihre Lage tatsächlich zu bessern beginnt. Damit ist u.a. der Einsatz für eine gerechte und sozial verträgliche Schuldenregulierung, für die Respektierung der Menschenrechte, für eine wirklich angemessene Bezahlung der aus diesen Ländern importierten Waren sowie für echte Chancen auf dem Weltmarkt gemeint...

- dass wir nie aufhören, die Überwindung der Not und der Unterdrückung unserer Schwestern und Brüder als unsere inständige Bitte vor den Herrn zu tragen, weil er allein die Herzen der Menschen zu bewegen vermag und weil seine Möglichkeiten noch längst nicht erschöpft sind, wenn wir keine Wege mehr sehen...

Domkapitular Zwingmann stellte seiner Analyse die Mahnung des unter Todesdrohungen lebenden kolumbianischen Priesters Ancizar Cadavid Restrepo voran: "Wenn du noch Ohren hast für jene, die durch dich erniedrigt und beleidigt werden, höre, vereintes Europa, unsere Bitte: Töte nicht unsere Fähigkeit, von einer anderen Welt zu träumen, von einer Welt ohne Grenzen mit einer einzigen vereinten Menschheit. Bitte, vereintes Europa, töte nicht unsere Träume! Amen."

Hans Lipp